



Dringende Aufgabe: Nachwuchsprobleme lösen

Wie im gesamten öffentlichen Dienst gilt es auch im Schulbereich dafür zu sorgen, dass für junge Menschen attraktive Dienstverhältnisse bestehen. Der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) in Südbaden, Dr. Christoph Wolk (Freiburg) mahnte in diesem Zusammenhang die Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung an, die alle Neueingestellten im Bereich des Landes Baden-Württemberg drei Jahre lang trifft. „Das sind insgesamt 10 000 EUR Gehaltsverlust“, stellt Wolk fest. Dazu komme, dass auf die Lehrkräfte -nicht nur wegen der Flüchtlingswelle- immer mehr Aufgaben heruntergebrochen werden, die dazu führen, dass gerade junge Lehrkräfte nicht mehr wüssten, wie sie die vielen Aufgaben überhaupt bewältigen sollen.



Dr. Christoph Wolk
Vorsitzender
VBE Südbaden

Beim Personal in den Schulen des Landes Baden-Württemberg wird zu sehr „auf Sicht“ gefahren, moniert Wolk. Es werden die Lehrkräfte eingestellt, die man gerade für eine minimale Versorgung benötigt, die man dann „100-Prozent-Versorgung“ nennt. Sobald erste Unvorhersehbarkeiten eintreffen, werden Lehrkräfte gesucht, die sich inzwischen aber anderweitig umgesehen haben und somit nicht mehr zur Verfügung stehen. Trotz aller „Schönwetter-Beteuerungen“ der Landesregierung und der sie tragenden Parteien ist die Lehrerversorgung vor allem vom Abmangel gekennzeichnet.

Wenn da der Glücksfall eintritt, doch einen Vertretungslehrer gefunden zu haben, so erhält dieser befristete Verträge, bei denen die Bezahlung der Sommerferien ausgenommen wird. So kann man keine verlässliche Lehrerreserve aufbauen, ist der VBE überzeugt. Es braucht handfeste Einstellungszusagen, vorzeitige Bindungsverträge („*Sie werden auch für das kommende Jahr übernommen*“) und damit auch eine notwendige Wertschätzung dienstwilliger Kräfte. Wolk: „Junge Lehrkräfte bekommen oft den Eindruck, sie würden nur als Feuerwehr gebraucht. Mit einem Händedruck werden sie aber anschließend wieder in die Ungewissheit entlassen“. So darf das nicht weitergehen. Der LBZ-Vorsitzende gibt die Richtlinie für den VBE aus. Wolk: „Derzeit strengt unser junges Mitglied Marianne Markwardt (Donaueschingen) einen Musterprozess gegen das Land Baden-Württemberg an, um die Abschaffung der Absenkung der Eingangsbesoldung zu erreichen. Dieser Prozess wird vom Beamtenbund und dem VBE unterstützt. Wir haben lange genug zugesehen und gemahnt, dass in diesem Bereich Fortschritte erzielt werden. Nun wollen wir es wissen, ob diese achtprozentige Absenkung in den ersten drei Dienstjahren überhaupt zulässig ist.“

Der VBE: „Auf unser Land kommen große Herausforderungen zu: Der demografische Wandel, die Energiewende, die Digitalisierung ganz aktuell die steigende Zahl der Flüchtlinge. Um unseren Schülerinnen und Schülern die notwendige Bildung zukommen zu lassen, braucht Lehrkräfte, denen signalisiert wird, dass sie im Schuldienst willkommen sind. Der VBE steht dafür, dass die Politik diese Lehrkräfte nicht als Verfügungsmasse betrachtet, sondern ihnen die notwendige Wertschätzung zuteil werden lässt.“